
VORTRAG AM ÜBERSEE-TAG

9. Mai 1995

Begrüßung: Dr. Henning Voscherau
Vortrag: Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Seite 4)

DR. HENNING VOSCHERAU

Erster Bürgermeister · Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg



Herr Präsident Kruse! Lieber Kollege Biedenkopf!
Exzellenzen! Herr Doyen! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!
Es böte sich an, fünfzig Jahre nach Kriegsende auch meinerseits über all jenes zu sprechen, was uns dieser Tage bewegt. Jedoch hatte ich in den vergangenen Tagen und Wochen ausreichend Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen, und möchte dies heute deshalb nicht zum Gegenstand meiner Ausführungen machen, sondern etwas anders anknüpfen.

Der Ministerpräsident der Russischen Föderation hat gestern am Gendarmenmarkt in Berlin rückblickend die Rolle der späteren Alliierten in den dreißiger Jahren kritisiert, in denen der Nationalsozialismus und der Faschismus in Europa – wie er sagte – ihre Kräfte sammelten und sich auf den Weg machten, die späteren Alliierten aber nicht weitsichtig genug gewesen seien, Kraft genug gehabt hatten, sich frühzeitig zusammenzufinden. Er hat nicht über die zwanziger Jahre und die vielfältigen, nicht zuletzt sozialen Ursachen gesprochen, die dafür maßgeblich waren, daß der Faschismus damals, langsam zunächst, aufwuchs. In dieser Hinsicht hat es Sinn, heute über Haltungen zu sprechen. Traditionell bietet der Hamburger Übersee-Tag Gelegenheit zu einer Standortbestimmung. Und um den Standort Deutschland – über den in den letzten Jahren so viel geredet worden ist – zu ringen, besteht unverändert Anlaß. Nun wird der Übersee-Tag ja in einer Handelsstadt begangen, in der deutschen Welt-handelsmetropole: genau der richtige Ort für Standortfragen. Denn wir in Hamburg wissen am genauesten und erfahren häufig am frühesten, was Edgar Nordmann für den Ostasiatischen Verein so formuliert hat: „Der Handel allein kann es nicht halten!“ Wie steht es also um Technologie, Industrie und ihre Märkte? Gibt es einen Zusammenhang mit Haltungen? Einige wenige willkürliche Beispiele: Konrad Zuse, der Erfinder des Computers, ist Deutscher. Wo rangiert die deutsche Industrie am Markt? Die Telefaxtechnik wurde in Deutschland entwickelt. Wer macht das Geschäft? Wo stehen wir oder werden wir in zehn Jahren stehen bei der interaktiven Telekommunikation? Bei der Molekularbiologie – so konnte man vor wenigen Tagen lesen – hole Deutschland jetzt auf. Aber warum geriet es in Rückstand? Daimler-Benz plane – so hört man – zahlreiche neue Werke in der Welt. In Deutschland wirklich keines? In der „Welt“ sagt uns Hans Peter Stihl heute: „Jedes dritte Unternehmen plant weitere Produktionsverlagerungen ins Ausland“, eine große Schlagzeile. Fünf nüchterne Feststellungen, fünf Fragen. Übrigens könnte man sie anhand

der Unterhaltungselektronik westeuropäisch verlängern, zum Beispiel bezogen auf ein großes Unternehmen aus unserer niederländischen Nachbarstadt Eindhoven. Tatsächlich sind diese fünf Feststellungen mehr als nur ein Menetekel für Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Arbeit, in Deutschland und im Europa der Zukunft. Während rund um den Globus um die Märkte gerungen wird, wollen zu viele zu Hause dieses Menetekel nicht so gern wahrnehmen. Was sich an wirtschaftlicher Dynamik in den Ländern Südostasiens abspielt, in denen buchstäblich Berge versetzt werden, hätten viel mehr junge Deutsche, auch viel mehr Politiker, mit eigenen Augen gesehen haben sollen. Welches Potential in den Staaten des ehemaligen Ostblocks gegenwärtig überwiegend noch schlummert, wird zu leicht überlagert durch den Basiseffekt im Strukturwandel am Anfang eines marktwirtschaftlichen Wachstumsprozesses. Wir selbst müssen dagegenhalten, mit welchen Beträgen wir Strukturen subventionieren und dadurch Innovationen die Luft abschnüren. Eberhard von Koerber hat dazu gesagt, wer glaubt, er könne mit den Technologien von heute die Märkte von morgen bedienen, der werde schon bald zu den ewig Gestirnen gehören. Kommunikations- und Informationstechnik, Molekularbiologie, Energie- und Umwelttechnik, moderne Verkehrs- und Verkehrsleittechnik, das sind zum Beispiel Bereiche, in denen „die Musik spielen“ wird. In den wenigsten von ihnen ist Deutschland weit genug vorn.

Meiner Meinung nach haben diese Probleme gemeinsame Wurzeln. Sie liegen in Haltungen. Dazu noch eine – zufällige – Schlagzeile von heute, „Hamburger Abendblatt“, Seite 4: „Sind Montag und Freitag ungesund?“ Haltungen! „Buten un binnen wagen un winnen“ hieß statt dessen der Leitspruch vieler Generationen hanseatischer Kaufleute und Reeder. Wie hoch ist heute der Anteil derer, die nach „buten“ streben, die etwas wagen wollen, um etwas zu „winnen“? Zu gering. Statt dessen steckt in vielen Köpfen Volkaskommentalität. Es gibt aber keine Versicherung gegen die Zukunft. Wir leben davon besser zu sein, die Nase vorn zu haben, Vorsprung zu vermarkten. Dazu gehört die Einsicht, daß Vorsprung nicht von selbst kommt, sondern engagiert täglich neu erarbeitet werden muß: Leistungswille! Auch haben wohl unkonventionelle Lösungen hierzulande zu wenig Chancen. „Die Woche“ berichtet neulich über eine Studie, nach der 100 Prozent der befragten strategischen Unternehmensplaner Angst haben, im Unternehmen offen Kritik zu üben. Falls dieser Befund wirklich zutreffen sollte, geht die wirkliche Gefahr von mangelndem Mut, Ideen zuzulassen und umzusetzen, und von zu geringem Leistungswillen aus: Haltungen! Neue, preislich wettbewerbsfähige Produkte, Ideen, Know-how für globale Märkte, darum muß es gehen, sie sichern Wertschöpfung, Arbeitsplätze, übrigens auch ausgeglichene öffentliche Haushalte.

Um Wohlstand und Wohlfahrt erhalten zu können, wird es in Deutschland, fürchte ich, auf noch lange Zeit in allerster Linie darum gehen müssen, der Erosion unserer Wettbewerbsfähigkeit entgegenzutreten: durch Überwindung von Innovationschwäche, durch mehr Erfolg auf lokalen Märkten in aller Welt, durch höhere Produktivität und geringere Stückkosten, durch mehr Flexibilität und schnellere staatliche Entscheidungen, weniger Regulierung, sowie durch Reduzierung der inzwischen perfekten Ausprägung unserer Vetokratie, wie ich dies neulich genannt habe. Erneut – zufällig aktuell – Berichte aus Tageszeitungen der letzten Tage: 34 – wenn ich mich richtig erinnere – Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt – das sage ich auf die Gefahr hin, daß einige aus Othmarschen Betroffene anwesend sind – haben Klage erhoben vor den Verwaltungsgerichten gegen den Vollzug einer demokratisch, durch den Bundesgesetzgeber, durch die Bundesregierung, durch den Senat, durch die Hamburgische Bürgerschaft vierfach beschlossenen Zukunftsmaßnahme: die vierte Elbtunnelröhre. Selbstverständlich muß es möglich sein, sich gerichtlich gegen konkret-individuelle Eingriffe der öffentlichen Hand zur Wehr zu setzen. Beruht aber die individuelle Betroffenheit allein auf dem konkreten Reflex einer abstrakt-generellen Zukunftsmaßnahme, durch die erste und zweite Gewalt beschlossen, dann ist es Mißbrauch, gegen das Ob dieser Maßnahme eine individuelle Klagemöglichkeit eröffnet zu haben, die letztlich in der Summe das Gemeinwohl beschädigt. Es ist legal, solange die Gesetze eine solche Möglichkeit zulassen, sie wahrzunehmen. Aber diese Möglichkeit muß abgeschnitten werden. Auch das gehört zu Haltungen in Standortfragen.

So wird es Sie nicht wundern, daß ich kein Verständnis für denjenigen habe, der sagt: High-Tech ja, aber Anwendung bei uns nein!, zumal die Illusion, irgend jemand

auf Gottes Erdboden werde uns eine High-Tech-Entwicklung abkaufen, die wir selbst nicht anzuwenden und zu demonstrieren wünschen, doch von der Krise eigenen Denkens oder mangelnder Welterfahrung kündet. Also: Die Methode „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß!“ hat noch nie auf Dauer funktioniert, und ich glaube auch nicht daran, daß eine technische White-collar-Dienstleistungsgesellschaft ohne industrielle Anwendung im eigenen Lande beständig sein kann. Zunächst muß es um die Erarbeitung von Werten gehen, dann kann man sehen, was zu verteilen ist und wie die soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden kann. Ziel muß es sein, zusätzliche, rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist sozial und selbsttragend. Karl Schiller hat das in seinem letzten Buch die „Politik der volkswirtschaftlichen Strenge“ genannt.

Was wir also brauchen, ist die Wiederbelebung einer „solidarischen Leistungskultur“. Hans-Olaf Henkel, selbst Absolvent der legendären Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft, hat das Thema beim Überseetag im vergangenen Jahr angeschnitten und gesagt: „Ohne an das Prinzip der Leistung zu glauben ..., können wir im internationalen Wettbewerb nicht mehr gewinnen.“ Nichts als die Wahrheit! Wir brauchen Engagement am Arbeitsplatz und Identifikation mit der beruflichen Aufgabe. Wie soll ohne diese – wenn beides zu häufig fehlt – Erfolg entstehen? Es darf nicht so werden, daß die täglichen Stunden der Erwerbsarbeit Störfaktor in der Freizeitwoche werden. Deshalb glaube ich auch nicht – das sage ich sehr bewußt, obwohl das für jemanden wie einen sozialdemokratischen Bürgermeister keine angenehme Aussage ist – an immer weiter gehende Arbeitszeitverkürzungen, wohl aber an Job-sharing, aus familiären Gründen, und flexible Arbeitszeitmodelle. Auf Dauer ist nur zu verteilen, was vorher erwirtschaftet und erarbeitet wurde. Wirtschaftspolitik ist kein Abfallprodukt von Verteilungspolitik.

Meine Damen und Herren! In der vergangenen Woche, vor 30.000 Hamburgerinnen und Hamburgern unter freiem Himmel vor dem Rathaus, haben wir uns an das Ende des Krieges und an die Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft erinnert. Vor fünfzig Jahren lag unsere Stadt, lag das ganze Land in Trümmern. Die Menschen wollten überleben. Sie haben nicht geklagt, sie haben nicht auf Hilfe von außen gewartet. Sie haben – auch und gerade hier in Hamburg, der Stadt, in der 3.000 Wracks in der Elbe lagen – der Not gehorchend im Vertrauen auf die eigenen Kräfte mit dem Neuaufbau begonnen. Sie haben die ihnen von außen gegebene Chance in bewunderungswürdiger Weise genutzt: demokratisch wie ökonomisch und sozial. Ihre Frage war nicht: „Wer tut etwas für mich?“, sondern: „Was kann ich selbst leisten, für meine Familie und für das Gemeinwesen?“ Ein starkes Verantwortungsgefühl war vorhanden, nicht ausschließlich für sich selbst zu sorgen, sondern auch für die Gemeinschaft.

Heute beklagen wir vielfach – und, wie ich meine, oft zu Recht – den Werteverfall in unserer materialistischen und eigensüchtigen Gesellschaft. Wer dieser Fehlentwicklung entgegenwirken, wer für eine neue demokratische und solidarische Leistungskultur eintreten will, diese gar für schicksalhaft hält, muß über Parteidgrenzen und Trennendes hinweg mit Zivilcourage eine solche Wertediskussion führen, die Wahrheiten ausspricht.

Ohne Werte als Stützen zerfällt der soziale Staat in eine laue, wegschauende, permissive Gesellschaft. Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung, Arbeit; die Haltung einer solchen solidarischen Leistungskultur ist ja nicht Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung dafür, daß wir das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes, das seinerseits Grundlage einer stabilen Demokratie und menschenwürdigen Zusammenlebens ist, bewahren können. Übrigens – wahrscheinlich gibt es unter Ihnen keinen Adressaten dieses Satzes, aber er liegt mir so an der Seele; daß ich ihn doch sage – : Ohne Menschen, die Arbeit und Brot haben, geht auch Umweltschutz nicht!

Erosion der Ökonomie führt zur Erosion des Sozialstaats und dann der Demokratie. Auch dieses Menetekel hatten wir schon! Die Herausforderungen der Zukunft liegen nicht in Übersee, sondern sie liegen vor der Haustür. Allerdings: In Übersee beweist sich, ob wir sie bestehen. Nehmen wir den Erfolg unserer Gesellschaft und ihrer demokratischen, sozialen Ordnung wieder wichtiger.

Und denken wir an einen anderen klugen Leitspruch: „Wer glaubt, etwas zu sein, hört auf, etwas zu werden.“





DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



PROF. KURT BIEDENKOPF

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

DEUTSCHLAND FÜNFZIG JAHRE NACH DEM ENDE DES KRIEGES – SEINE AUFGABEN, SEINE ROLLE IN EUROPA

VORTRAG AM 9. MAI 1995



Präsident Kruse! Herr Kollege Voscherau! Exzellenzen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir stehen sicher alle noch unter dem Eindruck des Gedenkens an das Kriegsende vor fünfzig Jahren, insbesondere des Zusammentreffens gestern Abend in Berlin. Ich möchte es nicht kommentieren, möchte jedoch eine Feststellung treffen, die mir wichtig erscheint. Im Gegensatz zu manchen Befürchtungen, die im Vorfeld des 8. Mai 1995 sicherlich bei manchen herrschten, sind diese vielfältigen, in der Zusammenkunft gestern abend kumulierenden Veranstaltungen nicht ausgefallen als eine späte Aufrechnung oder Abrechnung oder was auch immer mit den Begriffen gemeint sein konnte, die in der Diskussion eine Rolle spielten – ganz im Gegenteil: Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird das Gedenken an diesen Tag unversehens zu einem Tag europäischer Selbstbesinnung. Es ist nicht mehr nur von Krieg, Niederlage oder Befreiung die Rede, sondern immer mehr davon, was in den vergangenen fünfzig Jahren entstanden ist und welche große Gnade in dieser Entwicklung auch gesehen werden muß. Nichts macht deutlicher, wie grundlegend sich nicht nur Europa, sondern auch die Rolle der Deutschen in Europa verändert hat. Und so sehe ich keinen besseren Zeitpunkt, einige Gedanken über „Deutschland fünfzig Jahre nach dem Ende des Krieges – seine Aufgaben, seine Rolle in Europa“ vorzutragen, als heute, am 9. Mai 1995.

Ich möchte mit der Frage beginnen: Wo kommen wir her? Was hat sich in den vergangenen fünfzig Jahren, vor allen Dingen aber seit 1948, in Deutschland getan? Wir müssen zunächst, wenn wir, auch im Blick zurück, objektiv und sauber urteilen wollen, auch hier einen sauberen Sachverhalt feststellen. Vieles von dem, was sich bis heute zu unserem großen Glück entwickelt hat, ist gewissermaßen nicht auf

deutschem Boden oder in deutschen Gehirnen gewachsen. Die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland war ursprünglich nicht das Ziel der deutschen Überlegungen, sondern es war ursprünglich und vom Ausgang her betrachtet der Wunsch der Alliierten, vor allem der westlichen Alliierten, und hier insbesondere der Amerikaner. Die Bedingungen für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg waren, jedenfalls für den großen westlichen Teil Deutschlands, keineswegs ungünstig. Deutschland war trotz der Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg nach wie vor wissenschaftlich eine der führenden Mächte der Erde. Was häufig vergessen wird ist, daß die Fabriken, die Straßen, die Infrastruktur, soweit sie über dem Boden war, zwar zerstört worden waren, das Wissen aber nicht zerstört wurde. Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg in der chemischen Industrie, in der technischen Industrie – Kollege Voscherau hat bereits die Computerindustrie erwähnt – führend in der Welt. Und viele unserer Wissenschaftler wurden sowohl nach West wie nach Ost eingeladen oder beordert, um dieses Wissen weiterzugeben und es an anderen Stellen der Welt nutzbringend anzuwenden.

Die unter dem Boden liegende Infrastruktur war weitgehend intakt. Produktion war bereits ein bis eineinhalb Jahre nach dem Krieg schon wieder in größerem Umfang möglich. Es gehört ja auch zu den nach wie vor mit Erstaunen registrierten Umständen, daß die Produktion fast bis Kriegsende ohne wesentliche Beeinträchtigungen, wenn man die damaligen Produktionsziele zugrunde legt, stattfinden konnte.

Die menschlichen Verluste, die Deutschland erlitt und die schrecklich waren, wurden trotzdem nicht – aus Gründen, die man objektiv feststellen kann, ohne sie zu bewerten – zu einem langfristigen Nachteil; denn sie wurden ausgeglichen durch riesige Flüchtlingsströme, die wiederum vor allem nach Westdeutschland kamen. Diese Flüchtlingsströme ersetzten, ja sie überkompensierten diese Kriegsverluste nicht nur sehr schnell, sondern sie hatten auch eine tiefgreifende Veränderung der festgefügten sozialen Strukturen in Westdeutschland zur Folge. Das Einströmen von 14 Millionen Menschen in eine Bevölkerung von rund 45 Millionen Menschen bedeutete eine Umwälzung der gesamten sozialen Strukturen religiöser und sonstiger Art und damit die Herstellung einer außerordentlich flexiblen und offenen Ausgangssituation, die man bis in die kleinen Dörfer und Städte Westdeutschlands erleben konnte, wenn man die Zeit von 1946 bis etwa 1950 mit offenen Augen verfolgte. Hinzu kam, daß nach 1949 bis 1961 ein beachtlicher Zustrom von Deutschen von Ostdeutschland nach Westdeutschland stattfand – zum großen Nachteil des unter sowjetische Herrschaft geratenen östlichen und zum Vorteil des westlichen Teils Deutschlands.

Ich begegne heute in ganz Westdeutschland – an vielen, vielen Stellen und in viel größerer Zahl, als ich es je erwartet hatte – Menschen, die mich darauf ansprechen, daß sie aus Dresden kommen, aus Leipzig, aus Chemnitz, aus dem Erzgebirge, von überall her, und sagen, daß es sie glücklich macht, daß sie jetzt wieder in ihre Heimat zurückkönnen. Ich frage sie dann: „Was habt ihr getan?“ und höre, sie sind Unternehmer geworden, Ingenieure, sie haben das, was sie zurücklassen mußten, neu wieder aufgebaut, das heißt, sie haben in großem Umfang unternehmerische Initiative, Leistungswillen und Aufbauwillen nach Westdeutschland gebracht, deren Entfaltung im Osten wegen des kommunistischen Systems unmöglich geworden war. Viele von ihnen kommen als Investoren oder sogar in Person zurück. Aber zunächst einmal haben sie vierzig Jahre lang, von 1949 bis 1989, zum Aufbau Westdeutschlands beigetragen. Ökonomisch waren die Ausgangsbedingungen ebenfalls gut. Der Wechselkurs zwischen D-Mark und Dollar schützte die westdeutsche Wirtschaft weitgehend vor Importen. Gleichzeitig wurde über eine lange Zeit eine sehr konservative, zurückhaltende Lohnpolitik betrieben. Die Gewerkschaften waren, unbeschadet der großen Auseinandersetzungen über Fragen wie den freien Samstag oder die Bezahlung von Angestellten und Arbeitern im Sozialsystem, bis Anfang der sechziger Jahre durchaus bereit und in der Lage, die Kapitalbildung auch durch Zurückhaltung in der Lohnfindung zu unterstützen.

Der Marshallplan verband sich mit dem in Westdeutschland vorhandenen Wissen und Können und der Leistungsbereitschaft – von der Herr Kollege Voscherau eben schon gesprochen hat – und wirkte gewissermaßen wie der Regen auf einen fruchtbaren Boden. Der Humus des Wissens und der Wille zu wachsen verbanden sich mit den

Voraussetzungen dafür. Westdeutschland mußte nicht mit einer Konkurrenz aus dem Osten rechnen. Die Folge der Teilung, so schmerhaft sie für Deutschland war, war für Westdeutschland nicht nur ungünstig, sondern sie war günstig. Auch diese Feststellung gehört zur Ehrlichkeit der Situationsanalyse. Wer die deutsche Entwicklung im 19. Jahrhundert kennt, weiß, daß Westdeutschland immer zu einem nicht unerheblichen Teil den damaligen Osten Deutschlands, aber auch einen Teil der Mitte – und da wiederum den nordöstlichen Teil Mitteldeutschlands –, subventioniert hat. Es waren immer Subventionsströme von Westen nach Osten im Gange. Die fielen weg. Westdeutschland war, wenn man von der Sondersituation Berlins absieht, nicht mit den Lasten Mittel- und Ostdeutschlands, vor allen Dingen des alten Ostens, beladen. Es gab umgekehrt auch keine Konkurrenz aus den östlichen Räumen. Die Wirtschaft war vor Konkurrenzen aus Niedriglohnbereichen geschützt. Der Handel zwischen der alten Bundesrepublik und dem sogenannten Ostblock entsprach in seinem Umfang ungefähr dem Handel zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz. Die Schuldenabkommen von London und die weiteren Entwicklungen stellten Westdeutschland zu einem wesentlichen Teil von den Kriegslasten frei. Reparationen wurden nicht eingefordert. Und als Folge des Kalten Krieges gewannen die früheren Feinde ein intensives Interesse an der Entwicklung Westdeutschlands, auch an seiner militärischen Leistungsfähigkeit.

Dann waren wir im wahrsten Sinne des Wortes die Gewinner einer großartigen Idee. Es war die Idee, nicht wieder Reparationen zu verlangen oder das Ruhrgebiet zu besetzen, sondern das, was damals als Grundlage der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft galt, nämlich Kohle- und Stahlindustrien, zu europäisieren. Diese großartige Idee von Monnet, Schuman, Adenauer und de Gasperi verwirklicht, war die Grundlage für das Aufblühen der alten Bundesrepublik in einem zunehmend geeinten Europa, von der Montanunion über die EWG zur Europäischen Gemeinschaft und dann zur Europäischen Union.

Und schließlich: Westdeutschland konnte sich ganz auf seinen wirtschaftlichen Aufbau konzentrieren. Es wurde für internationale Verpflichtungen so gut wie nicht in Anspruch genommen, und es hatte nicht die Probleme der beiden großen europäischen Partner Großbritannien und Frankreich zu lösen, die mit der Entkolonialisierung verbunden waren und die nach dem Zweiten Weltkrieg in beiden Ländern, vor allem aber in Großbritannien, zu großen Schwierigkeiten und Umstellungsproblemen führten. So hatten wir die Möglichkeit eines vergleichsweise ungestörten Aufbaus. Die Leistungsfähigkeit und die Entschlossenheit, dies zu tun, kommen für mich nach wie vor eindrucksvoll in der Tatsache zum Ausdruck, daß wir Westdeutschland zu einer leistungsfähigen Wirtschaft aufgebaut haben, ohne, jedenfalls bis Anfang der sechziger Jahre, den Staat zu verschulden. Anfang der sechziger Jahre hatte die Bundesrepublik einen Überschuß, den sogenannten Juliusturm. Erst als der Versuch gemacht wurde, die im Juliusturm angesammelten Mittel unter die Leute zu bringen, und zwar nicht im Sinne einer einmaligen Ausgabe, sondern im Sinne der Begründung dauerhafter Verpflichtungen, veränderte sich die Entwicklung der Haushalte. Schließlich haben wir – es sei erlaubt, auch das festzustellen – die alte Bundesrepublik – und ich knüpfe unmittelbar an das an, was Kollege Voscherau in diesem Zusammenhang gesagt hat – mit einem Normenwerk, mit Gerichten und Verwaltungen aufgebaut, die einen Bruchteil dessen darstellten, was wir heute für unabdingbar halten. Und als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen kann ich aus eigener Erfahrung hinzufügen: Hätten wir die heutigen Gesetzeslagen, Verwaltungspraktiken und Rechtsnachprüfungsmöglichkeiten gehabt, es wäre damals nicht gelungen, die alte Bundesrepublik aufzubauen.

Auf der gewissermaßen immateriellen, aber politisch außerordentlich bedeutsamen Seite des Prozesses muß schließlich – und nicht nur der Vollständigkeit halber – erwähnt werden: Es ist in Westdeutschland gelungen, anfänglich unter Mitwirkung der westlichen Alliierten, aber zunehmend auch aus der Überzeugung der eigenen Bevölkerung und unter Inkaufnahme beachtlicher innenpolitischer Auseinandersetzungen, wie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre über die Sozialpolitik und Ende der sechziger Jahre über die geistige Verfassung des Landes, eine stabile Verfassungsordnung zu schaffen, eine gelebte bundesstaatliche Ordnung zu verwirklichen und

den sozialen Frieden in einer Weise herzustellen, zu fundieren und zur Selbständigkeit werden zu lassen, um die uns andere Industrienationen nach wie vor beneiden. Daß wir heute einen selbstverständlichen sozialen Dialog führen, sollte man bei allen Beschwernissen, die sich aus diesem Dialog ergeben könnten und die eher in die Kategorie „Ärger“ denn in die Kategorie „Sorge“ gehören, nicht übersehen. Denn Tatsache ist, daß wir heute mit einer Selbstverständlichkeit den damals noch prägenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ignorieren und uns gemeinsam auf die Lösung von Zukunftsfragen konzentrieren, die noch vor 30 oder 35 Jahren sicher niemand für möglich gehalten hat.

Die gesamte Entwicklung war – auch das muß festgestellt werden – befördert durch das zunehmende Interesse der Vereinigten Staaten und unserer westeuropäischen Partner an der Gemeinsamkeit mit den Deutschen, um die gemeinsamen Gefahren zu bestehen, die sich aus dem Kalten Krieg ergaben. Wir waren alle in einem Boot. Durch die Konfrontation mit dem Ostblock entstand im westlichen Teil Europas eine politische Kohäsion, die Europa so noch nicht gekannt hatte. Und eine der Zukunftsaufgaben, die jetzt vor uns liegen – um das hier nur anzumerken –, ist die Beantwortung der Frage, wie die durch die gemeinsame Bedrohung ausgelöste Gemeinsamkeit in Zukunft durch gemeinsame Einsichten in gemeinsame Notwendigkeiten ersetzt werden kann.

Wo stehen wir heute? Deutschland ist wiedervereinigt. Die Ganzheit der Nation in – zwar neuen – unveränderlichen Grenzen ist erreicht. Diese Wiedervereinigung der letzten knapp fünf Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren – und ich sage das hier als jemand, der den ganzen Prozeß aus nächster Nähe begleitet hat –, war eine große Bewährungsprobe der nationalen und sozialen Solidarität unseres Landes. Ich möchte hier uneingeschränkt feststellen, daß Deutschland diese Bewährungsprobe bestanden hat. Es ist einfach falsch, wenn wir auf die vergangenen fünf Jahre zurückblicken und in erster Linie Zahlungsströme und Wanderungsbewegungen und mögliche steuerliche Opfer diskutieren. Zunächst einmal müssen wir feststellen: Der letzte Bundestagswahlkampf ist geführt worden, ohne daß ein einziger Politiker den aussichtsreichen Versuch unternommen hatte, Ost-West-Spannungen demagogisch zu thematisieren. Die Ost-West-Spannungen haben im Bundestagswahlkampf – abgesehen von einigen Diskussionen von Fachleuten über die Frage, ob wir die sozialen Transfers richtig finanzieren und ob nicht ein Teil statt durch Beiträge durch Steuern bezahlt werden sollte, und ab und zu durch Umfragen ausgelöste Reflexionen über die Frage, ob die Deutschen Steuern gern oder weniger gern bezahlen – keinerlei, insbesondere keinerlei nationale, Auseinandersetzung über die Frage gebracht, ob die Wiedervereinigung für Westdeutschland gut oder schlecht sei, ob wir sie uns eigentlich wieder wegwünschen sollten und ob tatsächlich neue Gräben aufgerissen werden.

Und wenn eine Arbeitnehmerschaft – und 85 bis 90 Prozent der Bevölkerung kann man zum Bereich der Arbeitnehmerschaft zählen – ohne jeden Widerstand, insbesondere ohne Widerstand durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen, Beiträge in die Rentenversicherung und in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, um den Rentnern in Ostdeutschland die Möglichkeit eines angemessenen Einkommens im Alter zu sichern und riesige Anstrengungen zur Überwindung einer ungewöhnlichen Arbeitslosigkeit mitzufinanzieren, so verdient sie dafür nicht nur unseren Respekt und unsere Anerkennung, sondern wir alle sollten uns wenigstens einmal der Tatsache vergewissern, daß wir hier gemeinsam eine großartige Leistung erbracht haben.

Deutschland ist wieder, wenn auch auf ganz andere Weise, eine führende Wirtschaftsmacht in der Welt. Es rangiert an dritter Stelle der großen Volkswirtschaften. Und unbeschadet der Überlegungen und Reflexionen meines Kollegen Voscherau, auf die ich gleich zu sprechen kommen werde, müssen wir, wenn wir die Ausgangsposition beschreiben, das zunächst feststellen; denn nach meiner Auffassung sind die Potentiale unseres Landes sehr viel größer als der Nutzen, den wir gegenwärtig daraus ziehen. Das heißt, es sind zum großen Teil keine objektiven Hindernisse, die uns hemmen, die Möglichkeiten des Landes voll auszuschöpfen, sondern es sind in der Tat Hindernisse, die in Haltungen angelegt sind, das heißt, es sind Probleme unseres Denkens und nicht Probleme unserer objektiven Lage.

Das ist vielleicht das Wichtigste überhaupt. Insofern bin ich Ihnen, Herr Kollege Voscherau, sehr dankbar, daß Sie mir diese Vorlage gegeben haben. Es ist das Wichtigste überhaupt, über diese Haltungen oder über die Probleme des Denkens zu reflektieren und darüber einen öffentlichen Diskurs in Gang zu setzen.

Wir haben heute die Europäische Union als Selbstverständlichkeit. Natürlich diskutieren wir über ihre Entwicklung, über die Gefahren, über die weiteren Aufgaben, über die Notwendigkeit der Integration. Alles das sind völlig normale Dinge des täglichen oder zumindest mittelfristig angelegten politischen Lebens. Es wäre eine völlige Illusion zu glauben, daß eine europäische Integration, die in einem historisch so kurzen Zeitraum in dieser Intensität erfolgt ist – die meisten legen sich ja keine Rechenschaft mehr darüber ab, wie intensiv sie schon ist –, zu Spannungen, zu Konvulsionen, zu Veränderungen führen muß und daß diese Veränderungen mit politischen Kosten verbunden sind. Aber das Zahlen solcher politischer Kosten ist nun einmal das Geschäft der Politik, und die Vorstellung, man könne sie langfristig vermeiden, wäre weltfremd. Die Selbstverständlichkeit Europas – ich sagte es zu Beginn –, wie sie auch in den Gedenkstunden zum 8. Mai zum Ausdruck gekommen ist, ist eine Basis, auf der man bauen kann. Die Jüngeren, vor allem die bis Fünfundvierzigjährigen – zwei Drittel der Bevölkerung haben das Ende des Zweiten Weltkrieges gar nicht erlebt –, können sich ein anderes Leben als ein Leben in einem offenen Europa, in dem es selbstverständlich möglich sein kann, seine Softwareproduktion genauso in Spanien, in Portugal, in Frankreich, in Schweden, in Finnland oder in Deutschland anzusiedeln, gar nicht mehr vorstellen. Auch das ist eine ungeheure Leistung, auf der wir aufbauen können.

Wir haben ein zunehmend gutes Verhältnis zu unseren unmittelbaren Nachbarn im Osten und im Südosten, aus sächsischer Sicht also vor allen Dingen zu Polen und zur Tschechischen Republik. Am Samstag war ich in Grünberg, Zielona Gora, durch den dortigen Woiwoden zusammen mit Herrn Kollegen Stolpe eingeladen, bei einer Gedenkstunde zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugegen zu sein. Wir nahmen teil an der militärischen Zeremonie, wir legten unsere Kranze am Grabmal des unbekannten Soldaten nieder, und anschließend sprach ich mit den Offizieren und dem General, der dort den Appell veranstaltet und befohlen hatte. Wir unterhielten uns wie Nachbarn, und am Ende erklärten mir die drei Herren, mit denen ich sprach, mit strahlendem Gesicht, sie seien gerade auf dem Wege nach Cottbus zur Bundesgartenschau. Kann man sich eine schönere Szene der Normalität zwischen zwei Nachbarn, von denen der eine den anderen vor gut fünfzig Jahren überfallen hat, vorstellen? Hier treten Normalitäten auf, für die wir dankbar sein müssen. In ihnen bewährt sich auch das föderale Prinzip Deutschlands; denn unsere Nachbarn sagten mir: Mit ganz Deutschland zu reden, das ist für uns immer noch schwierig; ihr seid so groß geworden. Aber mit den Sachsen hatten die Polen keine Probleme, zumal der von Ihnen, Herr Präsident, angesprochene Vorfahre in der Zeit auch polnischer König war. Die deutsche Bundesstaatlichkeit bewährt sich nach der Einheit in einer hervorragenden Weise. Die Länder werden zu Treuhändern guter Nachbarschaft. Sie knüpfen Beziehungen über die Grenzen. Der sächsische Ministerpräsident wird eingeladen, in der Karls-Universität in Prag eine Rede zum deutsch-tschechischen Verhältnis zu halten, unter der Schirmherrschaft des dortigen Präsidenten Havel. Und es ist für die Kolleginnen und Kollegen, für die Rektoren und Dekane völlig selbstverständlich, daß derjenige, in dessen Land die Leipziger Universität liegt, in der Prager Universität redet, die die Mutter der Leipziger Universität ist und aus der im Jahre 1409 die deutschen Scholaren auszogen, weil König Wenzel II. sich entschloß, der tschechischen Nation in der Universität Mehrheiten in den Abstimmungsprozessen im Senat zu verschaffen. Das heißt, hier ist unendlich viel miteinander verflochten, was wieder aufwacht, wirksam wird und zum Guten gewendet werden kann, wenn wir sorgsam damit umgehen.

Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik stark. Ihr Wettbewerbspotential ist groß, größer als der Nutzen, den wir im Augenblick daraus ziehen. Die Voraussetzungen sind gut. Wir haben nach wie vor hervorragende Facharbeiter. Wir haben stabile politische Verhältnisse. Wir haben eine ungewöhnlich vermögende Bevölkerung, die auch durchaus bereit wäre, dieses Geld in Haftungskapital anzulegen, wenn es steuerlich

nicht so sehr viel lukrativer wäre, das Geld für andere Dinge auszugeben. Wir haben überall dort, wo man sie sich entfalten läßt, Innovationsbereitschaft. Wir haben inzwischen – um nur ein Beispiel zu erwähnen – keine Wanderungsverluste in Sachsen mehr, sondern einen Wanderungszugewinn, und sehr viele derer, die jetzt kommen, sind jüngere Leute, die in Westdeutschland nur schwer eine Nische finden für ihre eigenen neuen Lebenspläne und für die Sachsen oder Sachsen-Anhalt oder Thüringen eine Nische ist.

Wir haben eine stabile, von allen beneidete Währung. Wir entwickeln in Deutschland wieder in der Einheit der Vielfalt und in der Vielfalt der Einheit eine kulturelle Identität. Wir entdecken unsere Kultur, gerade auch durch die deutsche Einheit, wieder neu. Die Begeisterung vieler derer, die in die östlichen Regionen kommen und jetzt plötzlich Städte wie Merseburg, Magdeburg, Dresden, Meißen, Görlitz oder Rostock oder andere und deren kulturelle und politische Bedeutung entdecken, zeigt die wachsende Neugier, und wir genießen großes internationales Ansehen.

Also: Die Voraussetzungen für das, was vor uns liegt, sind gut. Die Frage ist: Haben wir die richtige Haltung? Bürgermeister Voscherau hat diese Frage gestellt, ich will sie aufnehmen.

Welches sind die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben? Ich möchte unterscheiden zwischen Aufgaben im Inneren, die sich aus Problemen ergeben, welche wir schon lange Jahre vor uns her schieben, und Aufgaben, die jetzt neu hinzugekommen sind. Beides vermischt sich bedauerlicherweise etwas miteinander und verstellt dann häufig den Blick auf das, was in einer Zeit versäumt wurde, in der wir noch nicht wieder vereint waren. Häufig entsteht daraus der Eindruck, daß das Problem jetzt auftritt, sei auf die Vereinigung Deutschlands zurückzuführen. Tatsache ist: Es ist häufig darauf zurückzuführen, daß wir uns vorher nicht darum gekümmert haben. Insofern aber hat die Einheit einen Vorteil: Sie zwingt uns zu Leistungen, die weit über das hinausgehen, was bis 1989 erforderlich war, und damit werden Defizite aufgedeckt, die Dringlichkeit ihrer Bewältigung nachhaltig unterstrichen.

Das wichtigste Problem in meinen Augen ist nicht im engeren Sinne ökonomisch, sondern hat mit dem deutschen Humankapital zu tun. Ich bin der Meinung, daß wir in suboptimaler – auf deutsch: in unzureichender – Weise unser Humankapital ausbilden, bilden und pflegen. Unsere Universitäten sind nach wie vor – und auch da konnte man Texte, Herr Präsident Kruse, von vor zwanzig Jahren zitieren – nicht so leistungsfähig, wie wir uns das wünschen. Immer noch ist der Weg zur Reform durch viele Vorurteile erschwert, durch Prägungen von Anfang der siebziger Jahre. Nicht die Studenten, die in der 68er Generation unruhig wurden, sind für diese Prägungen verantwortlich, sondern die damaligen Gesetzgeber, die auf der Flucht vor eben diesen Studenten eine Fülle von Dingen beschlossen, die jetzt längst zu Denkbesitzständen geworden sind und die wir immer noch nicht loswerden. Der Versuch, die deutsche Einheit als eine Chance zur Reform der Universitäten zu nutzen in der Weise, daß man in den bundesgesetzlichen Regelungen Öffnungsklauseln für andere Organisationsformen, jedenfalls in den ostdeutschen Ländern, zuläßt, ist leider gescheitert. Wir versuchen, die Möglichkeiten so weit wie möglich auszuschöpfen, aber sie sind relativ beschränkt.

Sorge muß uns der Rückgang der Bereitschaft zur Selbständigkeit machen. Auch das ist ein Problem des Humankapitals. Wir hatten in den sechziger Jahren in Deutschland etwa 14 Prozent Selbständige in Westdeutschland, jetzt haben wir 9 Prozent Selbständige. Überraschend ist, daß mit dem wachsenden Wohlstand, der wachsenden Verfügbarkeit von Kapital und den immer größeren Vererbungsströmen auf die Jüngeren, die Selbständigkeit nicht zunimmt, sondern abnimmt. Das Kapital, also die Ausstattungen, alle Möglichkeiten, die man sich eigentlich wünscht, wenn man sich selbstständig machen will, werden nicht als Wegräume von Hindernissen, sondern eher als Lähmungen der Selbständigkeit wirksam, weil man möglicherweise auch kein Bedürfnis mehr darin sieht. Ein Grund, den ich hier nicht vertiefen kann, ist zweifellos der, daß das Angestelltenverhältnis unter dem Druck des Wettbewerbs, jedenfalls in größeren Unternehmen, inzwischen eine so hohe Mobilität im Sinne seiner Gestaltung, Fließzeit, Selbständigkeit, auch durch die Dezentralisation, und

seiner sozialen Absicherung wegen erreicht hat, daß es attraktiv erscheint, Angestellter zu bleiben, statt sich selbstständig zu machen. Die Folge ist, daß zwar die Erwerbsneigung in der Bundesrepublik ständig steigt, daß heißt der Wunsch, einen Arbeitsplatz zu haben, aber die Neigung, Arbeitgeber derer zu werden, die eine höhere Erwerbsneigung aufweisen, sinkt. Und so gibt es eine Lücke zwischen wachsender Erwerbsneigung und abnehmender Neigung, Unternehmer oder Arbeitgeber zu sein, die zu einem wesentlichen Teil zu der strukturellen Arbeitslosigkeit führt, die wir zur Zeit zu Recht dauernd beklagen, aber mit den falschen Mitteln bekämpfen. Wir haben in den letzten Jahren eine hohe Spezialisierung in Deutschland erzielt. Auch das ist ein Problem des Humankapitals. Diejenigen, die in ihrer eigenen Person die Fähigkeit haben, Spezialgebiete miteinander zu vernetzen und dadurch Synergien auszulösen, nehmen ab. Die Spezialisten nehmen an Zahl zu. Wenn häufig beklagt wird, daß in Führungsetagen auch größerer Unternehmen die Risikobereitschaft sinkt, so ist das zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die ständig wachsende Spezialisierung in diesen Bereichen zurückzuführen.

Wir haben uns den Luxus erlaubt, sicherlich auch verführt durch ständig wachsenden Wohlstand, unsere Rechtsordnung immer dichter, unsere Regeln immer zahlreicher und die Überprüfbarkeit der Regeln immer ausgedehnter zu organisieren. Wir haben, mit anderen Worten, auf die wachsende Komplexität unserer Gesellschaft mit wachsender Kompliziertheit ihrer Steuerung geantwortet. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was eigentlich verlangt wird. Ein kleiner sächsischer Unternehmer hat vor drei Jahren auf der Leipziger Messe an seinem Stand ein Schild mit einem Spruch aufgehängt, der inzwischen zum Motto unserer Arbeit geworden ist. Auf dem Schild stand: „Fortschritt ist der Weg vom Primitiven über das Komplizierte zum Einfachen.“

Diese Formel faßt im Grunde genommen unser heutiges Problem im gesamten Bereich des „managements of complexity“ zusammen. Unsere öffentlichen Verwaltungen sind nicht für diese Art von Komplexität organisiert. Wenn sie gleichwohl den ständig wachsenden – und mit der Leistungsfähigkeit wächst nun einmal die Komplexität des Organismus, in dem die Leistung erzeugt wird – gesellschaftlichen Organismus beherrschen wollen, werden deshalb die Verwaltungswege länger, die Verfahren komplizierter und unübersichtlicher, und die Zeit ist voraussehbar, in der die im gewerblichen und wirtschaftlichen Teil unserer Gesellschaft erzeugten Zuwächse vom öffentlichen Teil wieder aufgezehrt werden, in der also der Prozeß der großen Leistungsanstrengung im einen Teil der Verfügungen über unser Bruttosozialprodukt im anderen Teil wieder verlorengingeht. Das ist aber auf Dauer keine Zukunftsorientierung.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten von einer von einem durchaus zutreffenden Ausgangspunkt ausgehenden Politik ein Sozialsystem entwickelt, das unseren Menschen in großem Umfang Sicherheit gewährt. Nur, es hat zwei Illusionen erzeugt. Die eine Illusion: daß in der Tat die Gemeinschaft mehr oder weniger alle Risiken übernehmen kann, weswegen 80 Prozent der Bevölkerung in Deutschland heute der Meinung sind, es sei die Aufgabe des Staates, für einen sicheren Arbeitsplatz, für eine bezahlbare Wohnung, für Sicherheit im Alter, für Sicherheit in der Krankheit und überhaupt für alle wesentlichen Lebensrisiken zu sorgen, die der einzelne nicht tragen kann. Diese Formulierung wird beibehalten, allerdings wird das, was der einzelne tragen kann, immer restriktiver interpretiert, so daß diejenigen, die durch Erbschaft oder aufgrund eigener Leistungen ein Vermögen gebildet haben, inzwischen bereits der Meinung sind, wenn man sie auf dieses Vermögen zur Sicherheit im Alter verweist, dies sei ein enteignungsähnlicher Vorgang. Diese Veränderung und zum Teil Verdrehung des ursprünglich Beabsichtigten, nämlich eine Gesellschaft in ihrer sozialen Verfaßtheit so zu organisieren, daß die Menschen nicht Risiken ausgesetzt sind, die sie auch in kleinen Lebenskreisen nicht bewältigen können, ist zunehmend ein Problem. Wir müssen dieses Problem diskutieren, selbst auf die Gefahr hin, daß wir Opfer von Kahlschlagdemagogen werden, die in allen politischen Parteien, vor allen Dingen aber in beiden großen, zu finden sind und die immer gemeinsam und zum Teil mit der gleichen Begriffsbildung auftreten, wenn eine Diskussion über die Veränderung des Sozialsystems auch nur begonnen wird. Ich habe

damit ebenso einschlägige Erfahrungen wie mein Kollege Voscherau. Insofern können wir beide mit großer Gelassenheit und durchaus ähnlichen Bewertungen über diese Fragen sprechen; denn die eigentlichen Konfliktslagen werden nicht mehr durch die beiden großen politischen Parteien definiert, sondern durch unterschiedliche Teile in diesen großen politischen Parteien.

Es hat sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland ein sozialpolitisch bürokratischer Besitzstand gebildet, der jede Diskussion über die Frage, ob sich die Geschäftsgrundlage für das, was man ursprünglich in Aussicht genommen hat, möglicherweise geändert haben könnte, ob in der Bevölkerung inzwischen möglicherweise Leistungsfähigkeiten entstanden sein könnten, die es in den fünfziger und sechziger Jahren nicht gegeben hat, ob die demographische Entwicklung zu veränderten Anpassungen führen müsse, und ähnliches, von vornherein mit Empörung und der fast unerschöpflichen Aufzählung von Beispielen beendet wird, warum man nichts ändern könne. Andererseits kann es sich im weltwirtschaftlichen Wettbewerb stehendes Volk oder eine Nation nicht auf Dauer erlauben, die Verwendung von 30 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts ungeprüft beizubehalten.

Wie gar nicht anders zu erwarten, entwickeln sich in einem Land, das sich unter solchen günstigen Bedingungen entfalten kann, geschlossene Strukturen und Besitzstände. Ich habe schon in den siebziger Jahren in meiner Eigenschaft als Generalsekretär – das ist jetzt neunzehn Jahre her – auf einem Parteitag im Zusammenhang mit der Reform der Gesellschaft von einem „Gebirge von Besitzständen“ gesprochen. Dieses Gebirge ist in den letzten zwanzig Jahren nicht kleiner geworden.

Als die Bareis-Kommission, die die Bundesregierung eingesetzt hatte, um Vorschläge zur steuerlichen Entlastung des Existenzminimums zu machen, ihren Bericht vorgelegt hatte, wurde dieser Bericht nicht diskutiert. Man kann so weit gehen zu sagen, die Bundesregierung habe praktisch sogar die Urheberschaft geleugnet; obwohl sie den Bericht selbst veranlaßt hatte. Warum? Weil die Bareis-Kommission den Vorschlag gemacht hatte, die erheblichen Steuerausfälle, die im bestehenden System entstehen müssen, wenn man das Existenzminimum im Rahmen des Steuersystems freistellt, durch den Abbau von einer Fülle von Einzelregelungen im steuerlichen Bereich auszugleichen. Der Finanzminister hat die nicht unberechtigte Frage gestellt, ob es im Lande jemanden gäbe, der bereit sei, diese Vorschläge politisch durchzusetzen, und hat sich diese Frage gleich selbst beantwortet. Die Antwort ist bekannt. Wir suchen jetzt also nach Wegen, wie wir die steuerliche Entlastung des Existenzminimums erreichen können, ohne die Steuerausfälle einerseits durch Schulden und andererseits durch den Verzicht auf eine Fülle von steuerlichen Sonderregelungen auszugleichen – eine Aufgabe, die sicherlich des Verstandes und der Innovationsfähigkeit aller Steuerrechtler wert ist. Aber sie kann nicht gelingen; denn auf der einen oder anderen Seite muß eben nachgegeben werden. Und wenn wir nicht wollen, daß die Staatsverschuldung weiter wächst, dann müssen wir diese Notwendigkeit als Chance begreifen, uns von einer Fülle von Dingen zu trennen, die zwar vielen Menschen ans Herz gewachsen, aber für die Zukunft unseres Landes nicht mehr erforderlich sind. Nur setzt das voraus, daß wir die richtige Haltung zu dieser Frage einnehmen.

Ich möchte neben den Problemen, die ich eben beschrieben habe, vier Aufgaben erwähnen, die uns und zugleich Europa in den kommenden Jahren gestellt sind, an denen wir uns werden bewähren und für deren Bewältigung wir alle Ressourcen mobilisieren müssen, die in unserem Lande stecken: einmal Überwindung der zur Zeit beschriebenen aufgestauten Probleme und deren sachgerechte Lösung, soweit das möglich ist, und zum anderen Mobilisierung der nicht genutzten Innovationskräfte und -möglichkeiten. Welches sind diese Herausforderungen? Die in meinen Augen größte Herausforderung ist die, die sich aus der demographischen Veränderung in Europa ergibt. Es gehört für mich zu den großen Erstaunlichkeiten, daß man diese demographischen Veränderungen so wenig diskutiert. Es ist im wesentlichen eine Diskussion unter Experten. In die Bevölkerung ist das Wissen um die Konsequenzen dieser demographischen Veränderung jedenfalls noch nicht eingedrungen. Dabei mußten sich eigentlich die bis Fünfundvierzigjährigen – vielleicht sogar die bis Fünfzählerigen – außerordentlich intensiv mit dem befassen, was zur Zeit fast vorbe-

stimmt auf die Deutschen und die Europäer zukommt und was sie selbst in ihrem späteren Leben ausbaden müssen. Es sind auch die Zusammenhänge nicht bewußt, gleichgültig ob es sich um Sozialsysteme handelt, um Innovationen, um die Bildung, um die Veränderung der Märkte und was auch immer, alles wird von dieser Entwicklung erfaßt werden. Man braucht nur einmal zu überlegen: Wie wird denn eine Volkswirtschaft aussehen, in der knapp 40 Prozent der Deutschen sechzig Jahre und älter sind? Was wird denn die Nachfragestruktur sein? Welche Leistungen werden nachgefragt werden?

Werden die Leute noch in so großem Umfang Autos wollen wie jetzt? Werden die Leute noch in so großem Umfang Investitionsgüter in ihren Haushalten wollen? Offensichtlich nicht. Sie werden in sehr viel größerem Umfang Dienstleistungen nachfragen, zum Teil Dienstleistungen, deren Erbringung heute als unzumutbar gilt, jedenfalls bei einem wesentlichen Teil der Bevölkerung. Welche Wirkung hat denn die Veränderung der Demographie auf die Struktur der Märkte, die Struktur der Produktion? Welche Wirkung hat die Veränderung der demographischen Struktur der Bevölkerung auf ihre Innovationsfähigkeit? Wir gehen alle als selbstverständlich davon aus, daß Deutschland nur bestehen kann in der Welt, wenn sein Innovationsniveau ständig steigt. Das ist zutreffend, aber wir haben keinerlei Erfahrung mit dem Verhalten einer Bevölkerung, die in wenigen Jahren ein Durchschnittsalter von fünfzig Jahren hat, gegenüber der Bereitschaft zur Innovation. Die großen Innovationsschübe in Deutschland sind aufgetreten zu einem Zeitpunkt, zu dem die deutsche Bevölkerung ein Durchschnittsalter zwischen fünfundzwanzig und dreißig Jahren hatte. Jeder Physiker und jeder Naturwissenschaftler an der Universität wird berichten, daß die wichtigste Innovationsphase seiner Schüler zwischen fünfundzwanzig und vierzig liegt. Müssen wir, wenn jetzt die gesamte Bevölkerung ein Durchschnittsalter von fünfzig Jahren hat, dann davon ausgehen, daß ein großer Teil derselben, von denen wir eigentlich Innovationen erwarten, Widerstand gegen Innovationen leisten wird, weil ein wesentlicher Teil ihres Lebens vorbei ist und sie für den Rest ihres Lebens nicht die Notwendigkeit sehen oder nicht akzeptieren wollen, die immer mit Innovationen verbundenen Veränderungen ihres Lebens in Kauf zu nehmen? Wir wissen es nicht.

Eines ist aber ganz sicher: Wenn wir die Bevölkerung innovationsfähig halten wollen, dann müssen wir sie in ganz anderer Weise als bisher in die Lage versetzen, im Laufe ihres Lebens zu lernen. Das heißt, wir müssen dieses ja dann aus Gründen der Rentensicherheit verlängerte Berufsleben – es soll bis 67, 68 oder sogar 70 Jahren reichen – immer wieder in Phasen unterteilen, in denen man seine Wissens- und Könnensfähigkeit erneuert; und zwar nicht durch einen einwöchigen oder vierzehntägigen Bildungskurs, sondern durch ein halbes bis zu einem ganzen Jahr organisierter Erneuerung und Aneignung neuen Wissens. Wir haben heute kaum noch einen Handwerksberuf, den man mit dem Wissen von vor zwanzig Jahren ausüben kann. Ein Kraftfahrzeugmechaniker, der heute an ein neues Auto gestellt wird mit dem Auftrag, es zu reparieren, würde an der Aufgabe scheitern. Er muß ein völlig neues Wissen haben, und die Veränderung des Wissens und damit auch die Halbwertzeit vorhandenen Wissens werden sich verkürzen; denn die Veränderungen werden sich beschleunigen. Alle diese Fragen sind, demographisch ausgelöst. Ich habe über die Probleme der Alterssicherungssysteme noch kein Wort verloren. Daß auch hier riesige Schwierigkeiten vor uns liegen, ist offensichtlich.

Die zweite Herausforderung erwächst aus der Veränderung der weltweiten Arbeitsteilung. Zunächst einmal wird sich die westeuropäische Arbeitsteilung durch das Wiederöffnen grundlegend verändern. In Westeuropa wohnen rund 350 Millionen Menschen, in Osteuropa auch. Es ist überhaupt kein Zweifel, daß in dem böhmischen Industriegebiet, in Polen, in Ungarn und in anderen Räumen, von der Ukraine, Weißrussland und Rußland selbst ganz zu schweigen, große Anstrengungen unternommen werden – und werden müssen –, nicht nur westliches Kapital, sondern auch westliches Wissen so schnell wie möglich zu erreichen, um auf diese Weise die Defizite auszugleichen, die in den letzten fünfzig Jahren durch die Einordnung in das RGW-System entstanden sind. Die Facharbeiter in Böhmen sind nicht schlechter als die Facharbeiter in Sachsen. Und wenn man hört, daß die Facharbeiter in Sachsen

in wenigen Monaten die Wissensdefizite schließen, wie viele Unternehmen berichten, und dann mit höherer Motivation und möglicherweise auch mit höherer Produktivität arbeiten können, jedenfalls in einer ganzen Reihe von Einzelfirmen, so weiß man, das gleiche wird in kurzer Zeit auch für die tschechischen oder die polnischen Facharbeiter gelten. Aber ebenso wird gelten, daß die Einkommensunterschiede zwischen dem sächsischen Facharbeiter und seinem böhmischen Kollegen derzeit noch 1 : 10 betragen, daß heißt, der Sachse verdient nach Kaufkraft zehnmal soviel. Gleiches gilt für das Verhältnis zu Polen.

Wir haben großes Interesse daran, gerade auch in Sachsen, daß deutsche Unternehmen nach Böhmen und nach Schlesien gehen, damit das Einkommen steigt und die durch die riesigen Einkommens- und Wohlstandsunterschiede sonst ausgelösten politischen und sozialen Spannungen vermieden werden. Aber wenn wir dieses – auch nationale – Interesse verfolgen, müssen wir uns gleichzeitig darüber im klaren sein, daß eine ganze Menge von industriellen und sonstigen Aktivitäten aus unserem Lande abwandern wird, zumindest zunächst einmal. Wir werden zwar Investitionsgüter liefern können, aber die Lieferung von Investitionsgütern wird das Wegfallen anderer Tätigkeiten nicht ausgleichen.

Im Agrarmarkt findet jetzt schon eine Revolution statt. Ich denke gerade daran, weil Monsieur Chirac der neue französische Präsident ist. Ich habe ihn vor drei Jahren zu Besuch gehabt und habe ihm vorgetragen, daß wir daran interessiert seien, mit unserem Wissen, mit unserem sprachlichen Können aus dem Freistaat mitzuwirken, daß in Osteuropa, insbesondere in der Ukraine und in Rußland, die Ernteverluste von derzeit durchschnittlich 30 bis 35 Prozent auf 10 bis 15 Prozent reduziert werden, damit die Ukraine und Rußland kostbare Devisen nicht mehr für die Einfuhr von Lebensmitteln ausgeben müssen, sondern diese Devisen wieder nutzen können, um sich industriell zu entwickeln. Da entgegnete Monsieur Chirac: Wenn Sie damit erfolgreich sein sollten, dann wäre das großartig für die Ukraine und für Rußland und eine Katastrophe für Frankreich! Damit hat er völlig recht: Mit der Weiterentwicklung Mittel- und Osteuropas wird sich der europäische Agrarmarkt tiefgreifend verändern müssen. Die bayerischen Bauern sehen jetzt schon mit großer Sorge auf die Bauern in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, auch in Mecklenburg, und wissen, daß sie auf Dauer nicht damit rechnen können, daß ein 16- bis 25-Hektar-Betrieb ein Vollwerbsbetrieb bleiben kann. Das heißt, überall treten Veränderungen auf, und diese Veränderungen in der Arbeitsteilung müssen in Deutschland verkraftet werden. Aber es sind nicht nur diese Veränderungen, vielmehr haben sich in den letzten vierzig Jahren, von den westeuropäischen Volkswirtschaften weitgehend unbemerkt, in der dritten Welt, in Indien, in Indonesien, in Malaysia und anderswo, jetzt zunehmend auch in China, Fähigkeiten entwickelt, die diese Länder in die Lage versetzen, westliches Wissen schnell aufzunehmen und, verbunden mit westlichem Kapital, auch in Produktion und Leistung umzusetzen. Als ich vor einem halben Jahr las, daß Siemens einen Teil seiner Softwareproduktion in Indien ausführen läßt, war mir völlig klar, was das für ein Volk bedeutet, welches sich noch vor zwanzig Jahren der schönen Illusion hingab, es könne eines Tages von dem Export von Blaupausen leben. Dies ist offensichtlich nicht der Fall.

Aus diesen Veränderungen ergeben sich Migrationsprobleme. Wir haben zumindest die Gefahr von Migrationen in Europa von Ost nach West und von Süd nach Nord. Wir haben bereits beachtliche Integrationsprobleme: in Frankreich, in Deutschland, in Großbritannien, zunehmend auch in Italien. Und aus der Öffnung dieser Räume – und auf Öffnung sind wir angewiesen – kommen nicht nur Handel und Wandel, preiswert, oder mit niedrigen Löhnen produzierte Güter und Dienstleistungen, sondern es kommen auch Unordnung, Störungen, Kriminalität, die nicht westeuropäisch domestiziert sind und sich mit einer Brutalität und einer unkontrollierten Energie entfalten, auf die wir überhaupt nicht vorbereitet sind.

Was ist zu tun? Das Erste und Wichtigste ist, daß man sich solcher Herausforderungen bewußt wird. Das ist wieder eine Frage der Haltung. Es kann nicht erwartet werden, daß der Staat alle diese Probleme löst. Die Bevölkerung muß an der Diskussion der Herausforderungen, nicht im Sinne von Gefahren, sondern im Sinne von Bewährungen, in einer viel breiteren Weise beteiligt werden. Ich bin dankbar, daß

Sie auch den diesjährigen Übersee-Tag dieser Aufgabe widmen. Der Bürgermeister von Weißwasser – einer der geprügeltesten Städte in Sachsen durch den Zusammenbruch des Braunkohlebergbaus, bei dem innerhalb von drei Jahren die Belegschaften von 138.000 auf 40.000 reduziert werden mußten, einer Stadt, die praktisch von der Braunkohle lebte – sagte uns vor einem Jahr, als wir dort eine Kabinettsitzung abhielten, in seinem Vortrag über seine Region: „Wir haben keine Probleme, wir haben nur Herausforderungen!“ Diese positive Haltung empfinde ich als das Wichtigste überhaupt. Wenn sich in Deutschland Angst vor den Zukunftsaufgaben breitmacht, wirkt sich diese Angst wie Lähmung und wie die Bestätigung vorhandener Besitzstände aus. Beides wird in seinem Zusammenwirken alle die Chancen beschädigen oder verdrängen, die in unserem Volk stecken und von denen ich zu Anfang gesprochen habe. Wir müssen die Sachverhalte auch im Inneren aufdecken. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir uns alle keine Rechenschaft darüber ablegen, was unsere Bevölkerung über das Funktionieren unserer komplexen Wirtschafts- und Sozialordnung tatsächlich weiß und was sie nicht weiß. Wenn wir aber davon ausgehen, daß wir mit demokratischen Mitteln Reformen in unserem Land betreiben wollen, dann müssen wir die Bevölkerung über die Sachverhalte aufklären, die reformiert werden sollen. So gibt es zum Beispiel – ich sprach vorhin von dem Bündnis der Sozialpolitiker – eine bisher nicht eroberte Festung, möchte ich einmal formulieren, Besitzstandsfestung, mit der Behauptung, die Arbeitgeber zahlten die Hälfte der Sozialkosten. Jeder Versuch, ich mache ihn seit zehn Jahren, ein großes Unternehmen in Deutschland zu finden, welches bereit ist, am Jahresende seinen Arbeitnehmern, aus dem Computer ausgedruckt, einen Jahreslohn- oder -gehaltskontoauszug mit all den Aufwendungen zuzusenden, die der Unternehmer für diesen Arbeitsplatz machen mußte, ist bisher im Leeren verhakt. Würde die deutsche Bevölkerung einen solchen Jahresauszug jedes Jahr bekommen, wüßte sie, welchen Teil ihres Einkommens sie ausbezahlt bekommt, wieviel der Arbeitsplatz einschließlich aller Lohnnebenkosten und so weiter tatsächlich kostet und über wieviel davon in welcher Weise verfügt wird, und sie wüßte im Ergebnis, daß sie über weniger als die Hälfte der von ihr am Arbeitsplatz erarbeiteten Kosten für diesen Arbeitsplatz überhaupt selbst verfügt. In dem Maße, in dem wir jetzt Veränderungen in der privaten Vermögenslage der Bevölkerung hatten, würde aus der Bevölkerung die Diskussion geführt, ob denn die gegenwärtige Form – also nicht die Sicherung der sozialen Probleme selbst – noch optimal sei oder einer größeren Flexibilität bedürfe. Nur dies. Als neulich ein mir befreundeter Wissenschaftler vorschlug, man solle in Deutschland dem Arbeitnehmer doch wahlweise die Möglichkeit geben, so zu verfahren wie in der Schweiz, nämlich den Bruttolohn ausbezahlt zu bekommen und seiner Bank Zahlungsaufträge zu geben in bezug auf die Sozialversicherungsabgaben – natürlich die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile zusammen –, Steuern und so weiter, hat ein prominenter Gewerkschafter diesem Wissenschaftler entgegengehalten, dies würde zur endgültigen Fragmentarisierung und Entsolidarisierung der deutschen Arbeitnehmerschaft führen, das dürfe man nicht. Die Tatsache, daß eine solche Verselbständigung als Gefahr der Entsolidarisierung empfunden wird – und ich nehme einen solchen Sachverhalt durchaus ernst –, zeigt mir, daß die Undurchsichtigkeit des Sozialsystems offenbar als eine Bedingung für seine Funktionsfähigkeit angesehen wird.

Vor diesem Hintergrund kann ich aber mit der Bevölkerung nicht über die Frage diskutieren, ob wir unsere Ressourcen optimal ausschöpfen. Das gleiche gilt für viele andere Bereiche. Das heißt, die Aufklärung der Sachverhalte gehört zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Erst dann, wenn wir uns über die Sachverhalte verstündigt haben, können wir sie reformieren. Die Versuche, diese Verständigung über Sachverhalte zu erreichen, sind nicht erfolgreich gewesen. Der leider Gottes viel zu früh verstorbene ehemalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz-Werner Meyer, den ich aus vielen Jahren auch der Gemeinsamkeit in Bochum kannte, hatte den Vorschlag, den ich im Herbst 1993 gemacht habe, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften sollten in Analogie zur Mitbestimmungskommission eine Arbeitsmarktkommission einrichten, um einmal die Sachverhalte zu erforschen – nichts anderes –, sehr unterstützt. Leider ist der Vorschlag später doch nicht weiterverfolgt worden.

Ich betone die Sachverhalte deshalb so sehr, weil ich aus den bisherigen Jahren nicht nur meiner wissenschaftlichen, sondern auch meiner politischen Arbeit gelernt habe, daß eine Öffentlichkeit und Transparenz von Sachverhalten in der Regel auch Innovationsprozesse auslöst. Das ist einer der Gründe dafür – das ist im übrigen ein Menschheitsproblem –, daß die Besitzstände an der Aufklärung der Sachverhalte nicht interessiert sind. Pater von Nell-Breuning, der ja als großer Freund der Gewerkschaften bekannt war, hat sich dazu schon in den sechziger Jahren mit der ihm – wenn er sich ärgerte – eigenen Bissigkeit geäußert und erklärt, alle Sozialpolitiker seien übereinstimmend der Meinung, das Sozialsystem müsse so gestaltet werden, daß niemand wisst, wer was bezahle und wie die finanziellen Ströme letztlich liefen. Ich muß zur Ehrenrettung der Sozialpolitiker sagen, daß das für alle Besitzstände verallgemeinerungsfähig ist.

Die Aufdeckung muß aber auch zum Handeln führen, und Handeln bedeutet, daß wir die Kraft entwickeln – das ist in meinen Augen die große Chance –, die deutsche Einheit nicht nur als ein Problem zu erkennen, daß wir in Ostdeutschland bewältigen müssen, für das wir soundsoviel Geld bezahlen, was hoffentlich bald zu Ende ist, sondern als eine Chance, ganz Deutschland auf den Prüfstand zu stellen und zu untersuchen, was sich aus dem, was wir in den letzten fünfundvierzig Jahren entwickelt haben, auf dem großen Prüffeld der deutschen Einheit bewährt hat und was nicht. Der Chef von Telekom – das Unternehmen hat in Ostdeutschland eine unglaubliche Leistung erbracht –, der damalige Vorstandsvorsitzende, hat mir erzählt, man habe diese Leistung nur erbringen können, indem man sich von einem wesentlichen Teil der bürokratischen Vorschriften, Anweisungen, Handlungsanordnungen und Verfahrensgewohnheiten des großen Unternehmens getrennt und den Mut gehabt habe zu improvisieren. Diese Improvisation hat immerhin dazu geführt, daß allein in Sachsen in drei Jahren über 800.000 Telefonanschlüsse geschaltet wurden und die gesamte Infrastruktur des Telefonnetzes auf das Niveau des Jahres 2005 gehoben wurde. Eine unglaubliche Leistung! Aber der Vorstandsvorsitzende hat berichtet, als man dann die aus der Improvisation gesammelten Erfahrungen aufgeschrieben habe mit dem Ziel, sie auf das gesamte Unternehmen anzuwenden, sei man auf den erbitterten Widerstand aller gestoßen, die in Westdeutschland nicht die geringste Veranlassung gesehen hatten, ihre bisherigen Verfahrensweisen zu ändern. Es habe doch alles gut funktioniert, und § 1 sei der wichtigste Paragraph des Verwaltungsgesetzes überhaupt: Was wir bisher gemacht haben, war gut, es muß also auch in Zukunft gut sein! Diese Weigerung, die großartige Chance der Erprobung nun für das ganze Land zu nutzen, kann die wichtigste oder bedeutsamste Innovationsbremse in Deutschland werden. Umgekehrt können wir, wenn wir es richtig machen, aus dieser Chance einen großen Gewinn ziehen.

Deutschland wird nicht nur intern als eine große neue Aufgabe die Erneuerung haben, sondern es wird – zum Schluß gesagt – auch zur Entwicklung Europas entscheidend beitragen müssen. Ich sagte schon, innenpolitisch hat uns die bundesstaatliche Ordnung auch bei der deutschen Einheit enorm geholfen. Es ist im Grunde erst die bundesstaatliche Ordnung, die Deutschland als ein Volk von über 80 Millionen Einwohnern in der Mitte Europas überhaupt europakompatibel macht. Wenn Deutschland zentral verwaltet würde, wenn es zentralistisch regiert würde, wäre die Einbeziehung, der Einbau Deutschlands in Europa sehr viel schwieriger. Unsere Nachbarn wissen, die mit der bundesstaatlichen Ordnung verbundene Machtverteilung, und damit die Reduktion der Bedeutung des Zentralismus im Verhältnis zur Vielfalt, ist eine wichtige Sicherung gegen eine Dominanz. Deshalb müssen wir die bundesstaatliche Ordnung pflegen, erhalten und weiterentwickeln. Daß dazu auch eine Weiterführung der Diskussion über die Länderneuordnungen gehören sollte, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Wir müssen bei allen tradierten Wegen nach Möglichkeiten suchen, die bundesstaatliche Ordnung so zu gestalten, daß sie sich wirklich verteidigen kann gegen eine Bundesgewalt, also eine Bundeszuständigkeit, gegen das Prinzip der Einheit, vor allem dann, wenn die Einheit eine Menge Kompetenzen an das Vereinte Europa abgeben muß und natürlich einen Ersatz für die verlorenen Zuständigkeiten im Rahmen der bundesstaatlichen Ordnung sucht. Hier ist ein eingebauter Konflikt zwischen der bundesstaatlichen Ordnung und der europäischen Integration, den es zu thematisieren und zu lösen gilt.

Bei dem Verhältnis zu unseren Nachbarn muß aus unserer Sicht immer die Tatsache im Auge behalten werden, daß sich unsere Nachbarn, die zum großen Teil sehr viel kleiner sind als wir, unter anderem auch durch ihr Verhältnis zu uns definieren.

Präsident Havel hat das in seiner Rede im Februar 1995 in der Karls-Universität hervorgehoben, als er sagte, daß sich die Tschechen immer auch durch ihr Verhältnis zu den Deutschen selbst definiert hätten. Aus diesem Umstand darf nicht für uns die Meinung erwachsen, wir könnten auf diese Definition einen Einfluß nehmen, sondern das, was wir tun müssen, ist: Wir müssen diesen Umstand, der für uns ein Sachverhalt ist, immer mit im Auge behalten, damit wir unser Verhalten immer so einrichten, daß für die anderen das Leben in Gemeinschaft mit dem sehr viel Größeren ohne scheinbare oder wirkliche Risiken ist.

Deutschland muß bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen der Regierungskonferenz 1996, ganz zweifellos eine wesentliche Rolle spielen. Das setzt aber voraus, daß wir in Deutschland selbst wissen, was wir eigentlich wollen. Das wissen wir, soweit ich erkennen kann, noch nicht ausreichend. Wir haben eine lange Diskussion über institutionelle Vorkehrungen. Offenbar liegt das Kontinentaleuropäern, vor allen Dingen solchen, die durch das römische Recht beeinflußt sind, besonders nahe. Das ist auch der Grund, warum die Angelsachsen solche Schwierigkeiten haben, unsere Diskussionen zu verstehen. Wir begreifen auch die Vorbereitungen auf die Regierungskonferenz 1996 wieder in erster Linie als eine Diskussion über Institutionen. Die Franzosen gehen uns da mit großem Beispiel voran. Ich wünsche mir, daß neben dieser Diskussion jetzt endlich eine wirkliche Diskussion über die Frage stattfindet, welche Aufgaben Europa eigentlich als Aufgaben gestellt sind. Denn ohne das Wissen über die Aufgaben, die gelöst werden müssen, ist die Diskussion über die Instrumente, mit denen man sie lösen will, ziemlich theoretisch.

Diese Aufgabendiskussion wird uns Deutschen sehr schnell vor Augen führen, daß es sich da um Aufgaben handelt, die auch gewaltig in unsere innenpolitische Befindlichkeit eingreifen werden. Wenn wir diese Zusammenhänge aber nicht herstellen, dann ist das, was bei der Regierungskonferenz 1996 endgültig herauskommen wird, auf Sand gebaut; denn keine Demokratie – auch nicht die deutsche, und wenn sie noch so gut fundiert ist – kann auf die Dauer einen innenpolitischen Widerstand gegen institutionelle Regelungen durchhalten, wenn von diesen Regelungen innenpolitische Veränderungen ausgehen, ohne daß die Leute wissen, daß das, was die innenpolitischen Veränderungen auslöst, im eigenen, nationalen Interesse ist. Das heißt, es muß eine Identität zwischen den Interessen und den möglichen Folgen ihrer Verfolgung oder Verwirklichung entstehen. Die Deutschen haben in besonderer Weise in den letzten fünfzig Jahren lernen können, wie man mit dem Prinzip „Vielfalt in Einheit“ umgeht. Sie haben, zum Teil aus eigenem Antrieb, zum Teil aus der Not der Situation, zum Teil aus der Erfahrung ihrer Geschichte – unserer Geschichte – schöpfend, gelernt, was Subsidiarität bedeutet und daß sie mehr ist als ein sozialpolitisches Prinzip. Die Subsidiarität ist ein ebenso wichtiges Organisationsprinzip in der Verfassung wie andere, insbesondere in der Wirtschafts-, Sozial-, aber auch in der politischen Verfassung. Wir wollen gemeinsam ein geeintes Europa, auch ein politisch geeintes Europa, bauen. Das heißt aber, wir dürfen die Fähigkeit der Menschen, Aufgaben an zentralistische Bürokratien oder Organisationen zu delegieren, nicht überfordern. Sonst fällt das Ganze auseinander. Wir müssen ihnen die Möglichkeit geben mitzuwirken. Wir müssen die kleinen Lebenskreise sowohl im sozialen wie im gesellschaftlichen wie im politischen Raum unserer gesellschaftlichen und staatlichen Verfassung beleben und stärken. Wir müssen ihnen mit anderen Worten Verantwortung geben. Verantwortung nach unten zu geben ist überall schwierig. Als ich 1970 in die zentrale Geschäftsstelle eines großen Unternehmens eintrat, fing man dort gerade an zu dezentralisieren. Aber der Satz, daß man nur wirklich dezentralisieren kann, wenn die Führung bereit ist, auch mit anzusehen, wie Einzelteile des Konzerns Fehler machen, war noch lange nicht begriffen, sondern unter Dezentralisation verstand man noch eher eine Verteilung von Arbeit mit dem ständig und jederzeit vorbehaltenden Recht, intervenieren zu können. Diese Formen der Dezentralisation führen zu dem genauen Gegenteil, nämlich einer Verlagerung von Verantwortung auf das Zentrum.

Wir haben bei aller Offenheit unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten im Denken unserer Menschen eine solche Verlagerung erzeugt. Wir müssen diese aus welchen Gründen auch immer zu beobachtende und von mir jetzt gar nicht kritisier- te, sondern nur festgestellte Entwicklung wenden.

Jetzt bin ich wieder beim Ausgangspunkt und dem, was Herr Kollege Voscherau gesagt hat: Wir müssen diese Haltungen verändern. Es wird nicht möglich sein, und das kann man fast apodiktisch feststellen, Deutschland in seiner gegenwärtigen Rolle, in seiner gegenwärtigen Leistungsfähigkeit und in den Fähigkeiten zu erhalten, auf die unsere Nachbarn hoffen, wenn diese Veränderung der Haltungen nicht gelingt. Zwar ist die Gesellschaft in ihrer Befriedetheit, in ihrer Wohlgeordnetheit, in ihrem Wohlstand und auch ein Stück in ihrer Selbstzufriedenheit sicher nicht etwas, was von heute auf morgen zusammenfällt. Nur, solche Veränderungen kündigen sich nicht an. Nicht nur bei der Börse gibt es keine Glocke, die läutet, wenn die Baisse einsetzt, sondern auch in der Geschichte gibt es eine solche Glocke nicht.

Das heißt, unsere Aufgabe muß darin bestehen, über diese Zukunftsfragen zu einer Zeit zu diskutieren, zu der sie noch gestaltbar, aber auf der anderen Seite so nah sind, daß sich ein wesentlicher Teil der Bevölkerung davon direkt betroffen fühlt. Sonst gibt es keine politischen Reformen.

Dies gilt für Europa genauso wie für Deutschland. Deutschland wird von seinen Nachbarn, von Europa und von der Welt als das in Anspruch genommen werden, was es ist: eine starke, leistungsfähige Mittelmacht in der Mitte Westeuropas, mit der Verantwortung, die sich aus dieser Mittellage ergibt, sowohl für das Europa in sei- ner gegenwärtigen Verfaßtheit wie für den östlichen Teil, der sich uns wieder geöff- net hat und dessen Menschen – und das habe ich am letzten Samstag in Grünberg erfahren wie eine Woche vorher in einem anderen Teil Polens und einen Tag vorher in Prag – auf Deutschland hoffen, auf seine Leistungsfähigkeit, auf seine Reform- fähigkeit, auf seine Führungsqualität in einem positiven und Europa dienenden Sinne. Wenn nicht aus eigenem, dann sollten wir aus diesem Interesse unsere ganzen Kräfte zusammenfügen, um die Aufgaben zu lösen, die uns gestellt sind, an denen wir uns bewahren können und die, wenn wir sie gelöst haben, unser Land reicher machen werden.

Ich danke Ihnen.

